

## Editorial

Das deutsche Bildungssystem gliedert sich bekanntermaßen in die fünf Bereiche Elementar-, Primar-, Sekundar I-, Sekundar II- und Tertiärbereich. An den Stellen, an denen die Bereichsgrenzen aufeinandertreffen, werden für die Steuerung der individuellen Bildungsverläufe durch das Gesamtsystem Schnittstellen erforderlich, die der Verständigung zwischen den Zielen und Arbeitsweisen der Teilsysteme dienen. Für die Schnittstelle zwischen der Grundschule und den weiterführenden Schulen sind das insbesondere die Regelungen für die Aufnahme der Grundschulabsolventen in einen der Bildungsgänge der weiterführenden Schularten.

Neben den Bestimmungen für die Abschlüsse und Anschlüsse nach dem erfolgreichen Besuch eines Bildungsganges in den Sekundarbereichen I oder II gehört das Aufnahmeverfahren in die weiterführenden Schulen zweifellos zu den Schnittstellen, die in der Bildungsbiographie des Einzelnen ebenso wie in Gesellschaft und Politik von höchster Bedeutung sind. Geschuldet ist das der Tatsache, dass deutsche Schulpolitik nach wie vor auf eine vertikale Gliederung der Bildungsgänge setzt, die sich auch nach einigen Reformen weiterhin als Verteilungsinstanz von Lebenschancen und damit als zentrale Bedingung für Bildungsungleichheit und ein entsprechendes Mehr oder Weniger an sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Teilhabe erweist.

**Kai Maaz** geht in seinem Beitrag von dieser Problematik aus und referiert über zentrale Forschungsergebnisse über das Zusammenspiel verschiedener Faktoren in Familie und Schule, die beim Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schulart zu beobachten sind. Wie wirken soziale Herkunft und schulische Übergangsempfehlung im Detail zusammen? Der 3. Mannheimer Bildungskonferenz im Dezember 2012 bot **Kai Maaz** damit fachliche Grundlagen für die Bearbeitung des programmatischen Konferenzthemas „Gemeinsam Wege ebnen“ an, dem Bemühen also, Wege und Formen zur Minderung offensichtlicher Bildungsbenachteiligung auf struktureller, kommunaler und unterrichtlicher Ebene zu erschließen. Zuvor informieren neueste Daten aus dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg über die Entwicklung der Übergänge zum Schuljahr 2012/13. Die Zahlen belegen wiederum, dass sich die Gliederung der Bildungsgänge innerhalb der Sekundarstufe I als Differenzierung von Statuserwartungen nach Kriterien der sozialen und ethnischen Herkunft und nicht als Ausdruck der Profilierung nach fachlichen oder Eignungsgesichtspunkten erweist. Welche Faktoren das Schulwahlverhalten der Eltern in Mannheim im März 2012 tatsächlich beeinflusst haben und wie sich auch die Sozialstruktur der verschiedenen Stadtgebiete im Schulwahlverhalten reflektiert, konnte in einer Befragung von Mannheimer Grundschulleitern erhoben werden. **Lutz Jahre**, Leiter des Fachbereichs Bildung der Stadt Mannheim, berichtet dazu über ausgewählte Ergebnisse und benennt für die kommunale Schulpolitik Handlungsfelder, die zur Minderung von Bildungsbenachteiligungen beitragen könnten.

Die Intensivierung der Kooperationen zwischen den am Übergangsprozess beteiligten Schularten untereinander und mit den Eltern könnte dafür nach den Ergebnissen aus Fachgesprächen in Arbeitsgruppen des Bildungskongresses wichtige Impulse geben. Die neue Aufnahmeverordnung unterstreicht diese Einsicht gleichsam noch, indem sie in drei vergleichsweise ausführlichen Abschnitten Aufgaben und Formen der Zusammenarbeit zwischen den Schulen näher erläutert. In einer knappen Zusammenstellung der Ergebnisse aus den Fachgruppen zeigt **Karl G. Zenke** die Verbindungen zwischen den Anstößen in der Verordnung und den Praxiserfahrungen der Lehrerinnen und Lehrer auf. Die neue Verordnung aus dem Jahr 2012 wird in Auszügen abgedruckt.

Abschließend weist der Aufsatz von **Andreas Gold** nach, dass bereits mit der Einschulungsentscheidung wichtige Weichen für die spätere Schullaufbahn der Kinder gestellt werden.

# Abstracts zu Lehren & Lernen „Gelingende Übergänge Grundschule – weiterführende Schulen“

Karl G. Zenke

## Übergänge aus der Grundschule auf weiterführende Schulen

Neueste Zahlen aus dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung

Mit der Änderung des Schulgesetzes von Baden-Württemberg im Dezember 2011 ist die Grundschulempfehlung 2012 zum ersten Mal nicht mehr verbindlich gewesen. Gleichzeitig gab es mit der Einführung der neuen Schulart *Gemeinschaftsschule* an 42 Standorten und mit der Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasialzuges an 22 Standorten weitere Wahlmöglichkeiten beim Schulartwechsel auf weiterführende Schulen.

Kai Maaz

## Determinanten für einen gelungenen Bildungsübergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen

Ein zentrales strukturelles Kennzeichen des deutschen Bildungssystems ist die horizontale und vertikale Differenzierung. Horizontal ist das Bildungssystem durch aufeinander aufbauende Bildungsabschnitte (Elementarbereich, Primarbereich, Sekundarbereich, Tertiär- und Quartärbereich) differenziert. Vertikal meint eine Differenzierung in institutionell voneinander abgegrenzten parallelen Lernumwelten in den einzelnen Bildungsabschnitten. Besonders ausgeprägt ist die vertikale Differenzierung im Sekundarschulbereich durch die Zuweisung auf unterschiedliche, fest institutionalisierte Schulformen bzw. Bildungsgänge. Hauptschule, Realschule und Gymnasium waren lange Zeit die zentralen Schulformen des Sekundarschulsystems. Diese Dreigliedrigkeit existiert heute im Prinzip in keinem Bundesland mehr. Stattdessen variiert die Differenzierung zwischen zwei und sechs Schulformen.

Ungeachtet der strukturellen Veränderungen im Bildungssystem kann der Übergang von der Grundschule in das Sekundarschulsystem als einer der wichtigsten und auch als einer der schwierigsten Übergänge in der Bildungsbiografie eines Heranwachsenden bezeichnet werden. Wichtig ist er, wenn mit dem Besuch einer bestimmten Schulform differenzielle Lerngelegenheiten verbunden sind und mit der gewählten Schulform ein allgemeinbildender Abschluss angebahnt wird. Schwierig ist er, weil in der Regel nach der vierten Klassenstufe und damit zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Entscheidung über den weiteren Schulbesuch getroffen werden muss.

## Der Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und mögliche Folgen – ausgewählte Ergebnisse der Mannheimer Elternbefragung 2012

Die Stadt Mannheim hat im März 2012 eine Elternbefragung (n=1239) an Grundschulen zu den Motiven ihrer Wahl der weiterführenden Schulen durchgeführt. Ein aktueller Aspekt in diesem Zusammenhang war, dass zeitgleich die verbindliche Grundschulempfehlung in Baden-Württemberg aufgehoben wurde. In dem Artikel wird diskutiert, ob die neue Wahlfreiheit zu einer Angleichung der Übergangsquoten in sozialstrukturell stark unterschiedlichen Stadtteilen führt. Die Ergebnisse zeigen, dass ein Trend zu höheren Schularten in allen fünf unterschiedlichen Sozialraumtypen erkennbar ist. Allerdings lassen die deskriptiven Befunde erwarten, dass die erheblichen Bildungsdisparitäten beim Übergang auf das Gymnasium zwischen einzelnen Grundschulen fortbestehen.

## Schulkooperationen beim Übergang Grundschule – Sekundarschulen

### Zusammenfassende Auswertung von Praxisberichten während der 3. Mannheimer Bildungskonferenz „Gemeinsam Wege ebnen“ im Dezember 2012

In neun Arbeitsgruppen hatten sich insgesamt rund 150 Lehrerinnen und Lehrer aus Mannheimer Grundschulen mit ihren Kolleg/-innen aus Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gymnasien sowie Eltern und weiteren Bildungspartnern gemeinsam mit drei Aufgabenstellungen befasst:

- Darstellung ihrer gegenwärtigen Kooperationspraxis.
- Erfahrungsgestützte Entwicklungsbedarfe für die Optimierung der Kooperationen.
- Als dringend notwendig eingestufte Verbesserungen der strukturellen Rahmenbedingungen für die Kooperationen.

Die Ergebnisse der Beratungen zu den drei Aufgabenstellungen, Stichworte, Anmerkungen und kurze Notizen wurden auf einem einseitigen Protokollblatt notiert. Sie lagen in ihrer Rohfassung für diese Auswertung vor.

## Vom richtigen Zeitpunkt

**Hängt das relative Lebensalter bei der Einschulung tatsächlich mit einer unterschiedlichen schulischen Lern- und Leistungsentwicklung zusammen?**

Manche Eltern sind unsicher, ob ihr schulpflichtiges Kind tatsächlich schulfähig ist, und beantragen eine verspätete Einschulung. Andere wünschen eine vorzeitige Einschulung, wenn der Stichtag noch nicht erreicht ist. Und dann gibt es noch die Befürchtung, dass die jüngeren Kinder eines Jahrgangs bzw. einer Lerngruppe in ihrer schulischen Lern- und Leistungsentwicklung langfristig beeinträchtigt bleiben. Was weiß man wirklich über die „relativen Alterseffekte“?